

Prof. Dr. Ingomar Hauchler

Die Eigentumsordnung
Kernfrage einer sozialen und ökologisch verantwortlichen Ökonomie

Eine Stellungnahme aus dem Willy-Brandt-Kreis

Mitgezeichnet von

Friedrich Schorlemmer

Peter Brandt

Daniela Dahn

Lutz Götze

Enrico Heitzer

Dieter Klein

Hans-J. Misselwitz

Irina Mohr

Rolf Reissig

Edelbert Richter

Michael Schneider

Schwächen und Widersprüche des Kapitalismus

Der Kapitalismus ist - *jedenfalls in den westlichen Industriegesellschaften* - ins Gerede gekommen. Er kann sein Versprechen, dass alle Menschen gut und immer besser leben und arbeiten können, nicht einlösen. Und der Marktradikalismus der letzten Jahrzehnte hat die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme, die mit der kapitalistischen Ordnung verknüpft sind, weiter verschärft.

Ökonomisches Wachstum kommt immer weniger allgemeinem Wohlstand zugute, vielmehr dient es der einseitigen Bereicherung einer kleinen, immer reicher werdenden Schicht. Soziale Gerechtigkeit und soziale Grundrechte werden immer ungenierter verletzt; die natürlichen Lebensgrundlagen unvermindert zu Lasten späterer Generationen aufs Spiel gesetzt.

Wir sind mit wiederkehrenden Krisen der Wirtschaft und des Finanzsystems, mit prekärer und schwankender Beschäftigung, sozialer Spaltung und neuer Armut, mit kulturellem Verlust und immer knapper werdenden natürlichen Ressourcen konfrontiert.

Einkommen und Vermögen konzentrieren sich in immer weniger Händen, anonymes Kapital verdrängt den Unternehmer und entzieht sich der Haftung; Finanzkapital spekuliert und vagabundiert durch die Welt. Waffenexporte, Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung, Mietwucher und Verbrauchertäuschung gehören zur Tagesordnung.

Transnationale Konzerne spielen ganze Staaten gegeneinander aus, treiben sie in ruinösen Wettbewerb um Arbeitsplätze, die niedrigsten Löhne und Steuern und einen möglichst niedrigen Umweltschutz. Ökonomische Macht ist zur politischen Macht geworden, hebt die Demokratie aus.

Wollen wir weiter an einer Ordnung festhalten, in der Krisen endemisch sind, das große Kapital Schicksal spielt und die Politik domestiziert? Wollen wir eine Ordnung verteidigen, die - entgegen aller Regeln der praktischen Lebensweisheit und der Religionen - puren Egoismus fördert, materialistische Gier legitimiert und keine Verantwortung übernimmt für die künftigen Generationen?

Diese Probleme sind nicht nur, wie oft gesagt wird, darin begründet, dass „die“ Politiker und das parlamentarische System versagen. Sie sind maßgeblich struktureller Natur, das heißt: der institutionellen Ordnung des kapitalistischen Systems immanent. Diese ist vor allem durch ein materialistisch reduziertes Menschenbild und eine privatistische Eigentumsverfassung determiniert.

Die kapitalistische Schlagseite der Eigentumsordnung hat sich im Zuge der neoliberalen Offensive der vergangenen Jahrzehnte verschärft. Die Eigentumsfrage hat damit an Aktualität gewonnen und belastet das alltägliche Leben der Menschen in vielfältiger Gestalt.

In vielen Ländern stehen öffentliche Güter wie Gesundheit und Bildung, der öffentliche Verkehr und Wohnungsbau, kommunale Versorgungsunternehmen und kulturelle Einrichtungen und Sportvereine unter dem Druck der Privatisierung.

Mit der Eigentumsordnung hängt auch zusammen, ob es den zentralistischen Energiekonzernen gelingen wird, auch die Energiewende ihren profitorientierten Machtstrukturen einzuverleiben oder ob es gelingt, eine dezentrale Energiepolitik durchzusetzen, bei der kommunale Unternehmen, Genossenschaften und andere bürgernahe Formen der Energieerzeugung primär auf Energieeinsparung und erneuerbarer Energien setzen.

Der Wandel der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zu Gunsten eines übermächtigen Gewichts von transnationalen Konzernen, zu finanzmarktgetriebenen global agierenden Banken und Investmentgesellschaften hat zu international vernetzten Wirtschafts- und Finanzkrisen geführt.

Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen gehört auch zu den Antworten der etablierten Politik auf die Schuldenkrise in den südeuropäischen Staaten, wodurch die soziale Spaltung vertieft, Arbeitslosigkeit, Armut und Elend verstärkt werden.

Zu Gunsten des großen Agrobusiness und finanzkapitalistischer Spekulanten wird in vielen Ländern des globalen Südens mit Waffengewalt Grund und Boden enteignet, der traditionell kleinbäuerlich oder gemeinschaftlich genutzt wurde, mit verheerenden Folgen für Bevölkerung und Umwelt.

Sogar die innere Sicherheit und der Krieg sind zum Feld der Privatisierung geworden. Private Firmen übernehmen zunehmend Aufgaben der Polizei, bieten (wie im Mittelalter) beliebigen Konfliktparteien militärische Dienste bis hin zum Einsatz ganzer Privatarmeen an.

Eigentum als fundamentale Strukturfrage

Die bisherige Erfahrung zeigt, dass Lösungen der verschränkten wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Krisen nicht zu erwarten sind, wenn man sich darauf beschränkt, makroökonomische Instrumente im Rahmen der etablierten Wirtschaftsordnung einzusetzen. Vielmehr gilt es, auch die institutionellen und normativen Ursachen zu hinterfragen, die den offensichtlichen Defiziten und Widersprüchen des kapitalistischen Systems zugrunde liegen.

Des Pudels Kern

Das private Eigentum an Produktionsmitteln ist, oft zusammen mit ungezügelter Konkurrenz, das institutionelle Herzstück der kapitalistischen Ordnung. Es verleiht Verfügungsgewalt über Mensch, Gesellschaft und Natur. Was in welcher Weise produziert wird, wer in welcher Weise zu welchem Lohn und mit welcher Perspektive arbeiten und leben kann, in welchem Maß die

Umwelt belastet wird, hängt maßgeblich davon ab, wer über die Arbeit, die Technik, die Produktionsmittel und den Einsatz der natürlichen Ressourcen entscheiden kann.

Dies gilt umso mehr, je stärker das private Eigentum an Produktionsmitteln konzentriert und über die staatlichen Grenzen hinweg vernetzt ist und je stärker sich in der Ökonomie die normative Vorstellung des Homo Oeconomicus durchgesetzt hat - das Modell eines jederzeit zweckrational handelnden Menschen, der einzig auf seinen persönlichen Vorteil, die Optimierung des eigenen Nutzens bedacht ist. Dieses Verhalten lässt sich heute mittels Algorithmen umstandslos computergesteuerten Entscheidungskalkülen und Automaten implementieren, steuert nicht zuletzt den globalen Börsenhandel, der sich zu einem unkontrollierten Monster entwickelt hat. Im Menschenbild des Homo Oeconomicus erscheint der Bürger nicht mehr als „zoon politicon“, als gesellschaftliches und politisches Wesen, sondern als Monade und einzeltes Individuum, das ausschließlich seines eigenen Glückes oder Unglücks Schmied ist.

Dieses Menschenbild steht von Anfang an hinter der expansiven Systemlogik einer ausschließlich profitorientierten Kapitalverwertung, hat inzwischen aber weltweit Karriere gemacht und steuert die Politik marktradikaler Ideologen und global player. Es unterwirft Gesellschaft, Politik und Kultur dem Diktat der Ökonomie.

Die kapitalistische Logik

Die moralische und gesellschaftliche Ungebundenheit des großen privaten Einkommens, rechtlich-institutionell im privaten Eigentum und normativ im Homo oeconomicus verankert, ist der Angelpunkt der kapitalistischen Logik, die tiefere Ursache dafür, dass in der kapitalistischen Ökonomie humane und kulturelle, soziale und ökologischen Werte vernachlässigt werden, statt dessen die private Maximierung von Gewinn und die Akkumulation von privatem Kapital die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung beherrscht. Die Ungebundenheit des privaten Einkommens gibt dem großen Geld das Recht, über den Menschen und die Natur zu verfügen - gleich ob es spekuliert oder investiert, Arbeit schafft oder entlässt, natürliche Ressourcen verschwendet oder spart; gleich ob es hier, wo es verdient wird, oder dort, wo Löhne gedrückt werden und Umwelt verheert wird, eingesetzt wird.

Die immanente Funktionslogik des Kapitals wird mit dem globalen Finanzkapitalismus auf die Spitze getrieben. Mit seiner Regulierung wären jedoch die immanenten Probleme, die *allen* kapitalistischen Verfügungsform immanent sind, nicht gelöst, allenfalls unzureichend gemindert. Die Finanzspekulation kann, wie sich gezeigt hat, die gesamtwirtschaftliche Stabilität schwer gefährden. Das private Eigentum an *realen* Produktionsmitteln gehorcht jedoch im Prinzip der gleichen Gewinn maximierenden Logik. Die transnational produzierenden Konzerne treiben die Staaten in einen globalen Wettbewerb, beeinflussen damit entscheidend die Lebensbedingungen der Menschen und nutzen die ökonomische Macht, die ihnen das etablierte Eigentumsrecht gibt, um Kapital und Arbeit zu verlagern, um den Primat der Politik auszuhebeln.

Die Geschichte hat gezeigt, dass die kapitalistische Logik *bisher* ökonomische Effizienz und Produktionswachstum stimuliert und die materielle Basis auch für allgemeinen Wohlstand geschaffen hat, der weit über dem vorkapitalistischer oder planwirtschaftlicher Ordnungen liegt. Dieses Wachstum ist aber nur auf die monetäre Summe des kommerziell erwirtschafteten Volkseinkommens bezogen, es garantiert keine gerechte Verteilung; vernachlässigt den konkreten Nutzen der Produktion, ist bis heute mit nicht reparablen ökologische Schäden und mit immer wiederkehrenden Krisen verbunden.

Im Übrigen fördert die kapitalistische Logik Effizienz und Wachstum sogar der etablierten Theorie nach nur unter Voraussetzungen, die schon heute nicht mehr und in der Zukunft schon gar nicht mehr gegeben sein werden. Dazu gehört vor allem ein funktionierender Wettbewerb vieler kleiner und mittlerer Unternehmen, die für ihre Entscheidungen persönlich haften und die Fähigkeit des Staates, die sozial und ökologisch schädlichen Schleifspuren der rein auf Gewinn gerichteten privaten Selbststeuerung der Ökonomie zu beherrschen.

Inzwischen befinden sich jedenfalls die reichen Industrieländer in einer historisch neuen Lage. In Zukunft ist hier das Wohl der Allgemeinheit nicht mehr von einer ewig steigenden *Summe* der volkswirtschaftlichen Produktion abhängig. In Zukunft geht es nicht mehr um eine Maximierung, sondern Qualifizierung der Produktion. Das heißt: wir wollen eine effiziente Ökonomie, die ein gutes Leben für alle ermöglicht, aber mit knapper werdenden natürlichen Ressourcen auskommt und die Umwelt schont; eine Gesellschaft, in der das von allen geschaffene Volkseinkommen gerecht verteilt wird; eine Ordnung, die in erster Linie auf die umfassende Lebensqualität der Menschen und nicht auf eine blinde Steigerung eines abstrakten Wachstums zielt; eine Wirtschaftspolitik, die nicht im Widerspruch zu kulturellen und moralische Werten operiert, die weltweit und zwischen den Generationen einen fairen Ausgleich der Lebenschancen gewährleistet.

Dies - und nicht die Maximierung der Summe blinder kommerzieller Produktion und monetärer Akkumulation - sind die künftigen Aufgaben der Ökonomie. Sie können, wie sich gezeigt hat, mit der kapitalistischen Logik, die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln und auf der Verhaltensnorm des homo oeconomicus beruht, nicht gelöst werden.

Der Verlust des politischen Primats

Demgegenüber hat sich die etablierte Politik in eine institutionelle Ordnung eingemauert, in der das Kapital, also das große private Eigentum, den Gang der ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklung dominiert. Sie beschränkt sich auf rein instrumentelle Reformen, die markt- und eigentumskonform sind, also nicht demokratische Entscheidungen, sondern der Logik des kapitalistischen Gewinninteresses folgen.

Die etablierte Politik hat sich (selbst) vom großen Kapital abhängig gemacht, lässt sich durch die Drohung mit Kapitalflucht, Steuerflucht und Massenentlassungen erpressen. Sie geht davon aus, dass die kapitalistische Ordnung „ohne Alternative“ ist, begnügt sich allenfalls mit

einem „besseren“ Kapitalismus. Sie lässt sich damit darauf ein, sich innerhalb der Spielregeln zu bewegen, die den Interessen des großen Eigentums dienen. Sie nimmt allenfalls Einfluss auf die *Folgen* der kapitalistischen Logik, schreckt aber davor zurück, die strukturellen *Ursachen* der ökonomischen, sozialen und ökologischen Deformation zu beseitigen.

Solch kapitalismus-fromme Politik hat sich darauf eingelassen, endemisch auftretende Wirtschafts- und Finanzkrisen, systemimmanente Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und Naturzerstörung nicht an den institutionellen Ursachen zu bekämpfen, sondern die Probleme mit staatlichen Wachstumsprogrammen und auf Kosten der Allgemeinheit mit immer höherer Verschuldung zu lösen.

Indem die etablierte Politik dem Kapital eine quasi beliebige Verfügung über produktives Eigentum zugesteht, akzeptiert sie dessen Monopol, über die Arbeit, das Einkommen und die Umwelt der Menschen zu bestimmen. Sie hat sich damit der demokratischen Verpflichtung entzogen, zu gewährleisten, dass das private Eigentum an Produktionsmitteln auch dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen hat, wie dies etwa die deutsche Verfassung in Artikel 14 Absatz 2 Grundgesetz vorschreibt.

Umbau der Eigentumsordnung

Die folgenden Vorschläge zur Eigentumsordnung haben eine reformstrategische Perspektive. Es geht um die Nutzung vorhandener rechtlicher Spielräume, um die Bindung des Privateigentums an das Gemeinwohl, nicht seine Abschaffung. Und es geht um langfristig transformative Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Eigentumsordnung, insbesondere auch dezentraler Formen des Gemeineigentums.

Vorrang demokratischer Politik

Demokratie verlangt, den Vorrang der Politik vor der Ökonomie durchzusetzen. Nur so können *alle* Formen des Eigentums an soziale und ökologische Maßstäbe gebunden werden, ohne dass allgemeine Prinzipien der ökonomischen Effizienz, die zum Wohl der Menschen beitragen, vernachlässigt werden müssen.

Wenn wir über eine neue Eigentumsordnung nachdenken, die das große private Eigentum an Produktionsmitteln und Geld in seiner Macht beschränkt, steht nicht das dichotomische Gegenstück der kapitalistischen Ordnung (eine ökonomisch und ökologisch gescheiterte Staatsökonomie mit zentralistischer Planung, die stetig in den Wirtschaftsprozess eingreift) auf der Tagesordnung, sondern ein demokratisch gelenkter transformativer Umbau der etablierten Ordnung, die demokratischer Politik den Vorrang gegenüber der Ökonomie einräumt.

Bei einem Umbau der Eigentumsordnung stehen nicht Markt und Wettbewerb an sich in Frage, sofern dadurch produktive Leistung und Innovation stärker gefördert und individuelle

Entscheidungen von Konsumenten und Produzenten effizienter koordiniert werden als dies erfahrungsgemäß durch zentrale staatliche Planung möglich ist. In Frage steht vielmehr kapitalistisches Eigentum, das sich moralischer, sozialer und ökologischer Verantwortung *legal* entziehen kann.

Und hinsichtlich der ökonomischen, sozialen und ökologischen Bewertung des privaten Kapitals ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen unternehmerischem, persönlich haftendem Eigentum, das eine wichtige gesellschaftliche Funktion besitzt und soziale und ökologische Verantwortung übernimmt und anonymem, nicht haftendem großen Eigentum in Kapitalgesellschaften, das marktbeherrschend auftritt, gesellschaftliche und politische Macht verleiht und sich nicht auf humane, soziale und ökologische Bedingungen verpflichten lässt.

Thesen zum Umbau der Eigentumsordnung

Auf dem Hintergrund des Krisenverbundes, in der sich unsere Industriegesellschaften befinden und der strukturellen und normativen Gründe ihrer ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme stellen wir folgende Thesen zum Umbau der Eigentumsordnung zur Diskussion.

Der leitende Grundsatz einer neuen Eigentumsordnung muss sein, dass Menschenrechte und Gemeinwohl *Vorrang* gegenüber privaten Eigentumsinteressen haben. *Alle* Formen des Eigentums an Produktionsmitteln müssen sich an moralischen, sozialen und ökologischen Maßstäben orientieren. Individuelle Freiheit muss Bestand haben, gefördert werden und soll ökonomischer Effizienz und Innovation dienen, findet aber ihre Grenze an den Menschenrechten und am Gemeinwohl.

Eine solche Eigentumsordnung impliziert das Menschenbild eines in der Gesellschaft verantwortlichen Bürgers, der gemeinschaftlich handelt und sich selbst gegenüber den andern als gleich und gerecht erfährt. Daher geht es neben der *Verfügung* über Güter unabdingbar auch um demokratische und möglichst partizipative Entscheidungsstrukturen.

Welche Aufgaben durch private, öffentliche und gemischte Formen des Eigentums an Produktionsmitteln wahrgenommen werden sollen, richtet sich nicht nach einer auf Gewinnmaximierung zielenden Effizienz, sondern einer Form der Produktion, die gesellschaftlich relevante Effizienz (vor allem auch Ressourcenproduktivität) mit der Bindung an soziale und ökologische Bedingungen, die demokratisch zu entscheiden sind, verbindet. Grundsätzlich bietet sich folgende Arbeitsteilung zwischen privatem und öffentlichem Eigentum an.

Das private Eigentum an Produktionsmitteln soll erstrangige Bedeutung behalten, wo es um die elastische Reaktion der Produktion auf eine differenzierte, wechselnde Nachfrage nach Millionen verschiedenartiger Güter und Leistungen des individuellen Verbrauchs und Ge-

brauchs geht. Hier können private Unternehmen und Genossenschaften - auch in Verbindung mit Gemeineigentum - erfahrungsgemäß Vorteile hinsichtlich Effizienz, Innovation und Flexibilität ausspielen.

Das private Eigentum an Produktionsmitteln und Finanzkapital ist auf seine produktive Funktion zu beschränken. Anonyme, spekulative, nicht persönlich haftende Formen des privaten Eigentums, marktbeherrschende Positionen und politisch relevante Finanzmacht sind auszuschließen. Dies gilt insbesondere dann, wenn hoch konzentriertes privates Eigentum die Herrschaft von Machteliten gewährleistet und damit die Demokratie gefährdet, private Gewinne auf Kosten lebenswichtiger sozialer und ökologischer Belange maximiert werden. Das betrifft etwa Finanzimperien, Energiekonzerne und natürliche Monopole an Netzinfrastrukturen.

Für Gemeineigentum an Produktionsmitteln muss ein adäquater rechtlicher Rahmen geschaffen werden. Es soll vorrangig in dezentralen, vorwiegend kommunalen und genossenschaftlichen Formen ausgebaut werden.

Formen des Gemeineigentums eignen sich insbesondere zur Sicherung öffentlicher Güter (also Gütern, zu denen jedermann Zugang hat), zur Bereitstellung existentieller Versorgungsleistungen und - unabhängig vom Einkommen der einzelnen - zur Sicherung elementarer Lebensbedingungen und sozialer Teilhabe. Das gilt etwa für Energie, Verkehr, Kommunikation und Entsorgung, Gesundheit und Bildung.

Der Übergang zu gemeinwirtschaftlichem Eigentum ist auch unter Prinzipien der ökonomischen Effizienz umso dringlicher, je weniger es möglich ist, die negativen Folgekosten einzelbetrieblicher Entscheidungen für die Gesellschaft verursachungsgerecht zu bilanzieren. Das gilt vor allem für die Externalisierung von sozialen und ökologischen Kosten einzelner Unternehmen zulasten der Natur, anderer Länder und künftiger Generationen.

Grund und Boden, der nicht dem persönlichen Gebrauch, Sicherheit und Altersvorsorge dient, soll sukzessive in kommunale Hände gegeben werden. Grund und Boden ist von Natur aus das Erbe aller Menschen. Seine private kommerzielle Nutzung ist die Ursache von Missbrauch, Zerstörung und Verschlechterung, Vergiftung und Verschmutzung - sei es durch private Monopolisierung, Spekulation oder Mietwucher. Privates Eigentum an Grund und Boden soll deshalb über eine weit gestreckte Übergangsfrist in langfristige Pachtverhältnisse überführt werden, sodass eine faire öffentliche Entschädigung finanzierbar ist.

Rechtliche Ansatzpunkte

Welche rechtlichen Voraussetzungen sind gegeben oder müssen neu geschaffen werden, um die Eigentumsordnung entsprechend dieser Thesen umzubauen?

Erstens. Am bestehenden Recht anknüpfen.

Wenn wir in Deutschland über einen Umbau der Eigentumsordnung diskutieren, können wir an der geltenden Verfassung ansetzen. Sie bietet in den Artikeln 14 und Artikel 15 des Grundgesetzes bereits die Voraussetzung, das private Eigentum an das Gemeinwohl zu binden und die Vergesellschaftung bestimmter Produktionsbereiche durchzusetzen.

Artikel 14 GG sagt im ersten Satz des ersten Absatzes: „Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.“ Der Wortlaut sagt aber nicht, dass die private Verfügung unbeschränkt ist. Im zweiten Satz dieses Absatzes wird bestimmt, dass der Inhalt des Eigentums und des Erbrechts formal durch Gesetz bestimmt wird. Dass die Verfassung materiell aber eine beliebige Verfügung über privates Eigentum ausschließt, folgt aus dem zweiten Absatz von Artikel 14 GG. Es heißt dort: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich (!) dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Artikel 15 GG gibt demokratischer politischer Entscheidung die Möglichkeit, privates Eigentum in Gemeineigentum zu überführen. Er lautet: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden“.

Das bedeutet: die deutsche Verfassung ist, was die Wirtschaftsordnung, insbesondere die Regeln, mit denen über privates Eigentum verfügt werden kann, nicht auf ein kapitalistisches Modell festgelegt. Sie ist in dieser Hinsicht neutral.

Allerdings muss der Gebrauch des privaten Eigentums in Zukunft nicht nur „zugleich“ der Allgemeinheit dienen; vielmehr muss in einem Konflikt zwischen privaten und gesellschaftlichen Interessen das Gemeinwohl „Vorrang“ haben.

Die Politik hat den ordnungspolitischen Spielraum, den das Grundgesetz gibt, bisher nicht ausgefüllt. Sie ist aufgerufen, dies zu tun. Es geht dabei um eine verfassungsrechtliche Änderung und einzelgesetzliche Konkretisierung sozialer und ökologischer Bindung des Eigentums und der Abgrenzung von privatem und öffentlichem Eigentum.

Zweitens. Eine ausreichende Rechtsgrundlage für Gemeineigentum schaffen.

Neben der Bindung des privaten Eigentums ist es notwendig, dem Gemeineigentum einen positiven rechtlichen Rang zu geben, den es - im Gegensatz zum privaten Eigentum - bis heute

nicht besitzt. Die in der etablierten Rechtsordnung gegebene Priorität des Privateigentums soll aufgehoben werden. Eine wirksame Aufwertung des Gemeineigentums erfordert dessen spezielle „Verrechtlichung“, eine eigene Rechtsmaterie. (Bisher unterliegen Vergesellschaftungen und öffentliches Eigentum ebenfalls privatrechtlichen Regeln).

Politische und gesellschaftliche Durchsetzung

Die etablierte Politik greift die grundlegende Frage der bestehenden Eigentumsordnung, das heißt den Vorrang des kapitalistischen Eigentums und die damit verbundene Dominanz der Gewinnmaximierung über humane, soziale und ökologische Interessen, nicht auf.

Doch in der Gesellschaft wächst die Einsicht, dass ein Wirtschaftssystem, das auf einem ökonomistisch verzerrten Menschenbild und einer Eigentumsordnung beruht, in der es möglich ist, dass das große Kapital nahezu beliebig über die Arbeit und das Leben der Menschen, über die Produktionsmittel und die Natur verfügen kann, nicht den Interessen der breiten Mehrheit dient, ja, dass es zu ihren Lasten an seinen eigenen Defiziten und Widersprüchen scheitern wird.

Nicht nur im linken Spektrum der Gesellschaft, bis hinein in konservative **Kreise** wird inzwischen bezweifelt, dass die kapitalistische Ordnung eine zukunftsfähige Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung bietet.

Der Homo Oeconomicus wird zunehmend als normative Grundlage ökonomischer Entscheidungen abgelehnt, die kapitalistische Eigentumsordnung, in der sich dieses reduzierte Menschenbild institutionell inkorporiert hat, wird immer mehr in Frage gestellt. Dies gilt für gesellschaftliche Bewegungen, die die Entflechtung mächtiger Konzerne und Banken fordern und dezentrale Formen einer sozial und ökologisch verantwortlichen Gemeinwohlökonomie fordern und praktische Schritte dazu eingeleitet haben. Dies zeigt sich auch in Bürgerbefragungen und Bürgerentscheiden, in denen bestehendes öffentliches Eigentum verteidigt und die Re-Kommunalisierung von privatisierten Einrichtungen gefordert wird.

Dass gegen einen Umbau der etablierten Ordnung (und wie viel mehr gegen konkrete Schritte dazu) ein massiver Widerstand derer zu erwarten ist, die heute von den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen profitieren - damit ist zu rechnen. Die Eigentumsfrage steht jedoch auf der Tagesordnung der Geschichte.

Eine breite Bewegung für eine humane, soziale und ökologische Ordnung wird aber nur entstehen, wenn die Menschen die eigentlichen Ursachen des Verbunds ökonomischer, sozialer und ökologischer Krisen nicht in erster Linie im fehlendem „Willen“ und mangelnder Einsicht einzelner Politiker, im Verhalten einzelner Wirtschaftsleute oder in fehlender Einsicht einzelner Konsumenten suchen, sondern erkennen, dass die Wurzel der Probleme tiefer liegen - in den normativen Axiomen und herrschenden Institutionen der kapitalistischen Ordnung.

Eine breite gesellschaftliche Bewegung für eine neue Ordnung setzt auch voraus, dass sich in der Gesellschaft politische Bündnisse und Bewegungen bilden, die über den Tagesstreit der etablierten Parteien hinausblicken und für die zentralen Fragen der Zukunft Lösungen suchen.

Solche Bündnisse sollten unterschiedliche parlamentarische und außerparlamentarische Kräfte bis hinein in bürgerlich wertkonservative Milieus hinein umfassen. Welche Veränderungen in welcher Reihenfolge in den Eigentumsverhältnissen durchsetzbar sind, lässt sich heute nicht sagen. Sie müssen jedenfalls in einem evolutionär transformativen Prozess, also in Teilschritten, erfolgen.

I.H. 10.5.2014